



August/
September
2016
Nr. 47

Freiburg – Stadt für ALLE?!

Chance nutzen: Wohnen statt Lager!

Der Ausbau der Festung Europa, das Sterbenlassen von Flüchtlingen im Mittelmeer, die dreckigen Deals und die Zusammenarbeit mit der Türkei, Ägypten, Libyen etc. sind skandalös und zeigen, dass die Menschenrechtsrhetorik Deutschlands und der EU zutiefst heuchlerisch ist.

Diese menschenverachtende Politik wurde vorbereitet durch die allgegenwärtige Rede von einem Notstand. Was brachte diesen angeblichen Notstand besser zum Ausdruck als die „Notunterkünfte“, die Lager, die plötzlich in jeder Stadt aus dem Boden schossen? Jetzt, wo die Grenzen der EU wieder dicht sind, offenbart sich deren Funktion noch deutlicher: Sie bleiben stehen, obwohl jetzt nicht mehr so viele Menschen unterzubringen sind, denn ihr Zweck war und ist nicht die Unterbringung, sondern die Abschreckung. Es ist überfällig, sie zu schließen – und dauerhafte Sozialwohnungen für alle bauen!

Entwicklungsland Baden-Württemberg

Eine Studie von Pro Asyl mit einer Statistik für das Jahr 2013 zeigte: Baden-Württemberg ist Schlusslicht! Nämlich bei der Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen. 2013 betrug die Wohnungsquote im hier 33,5 Prozent, in Schleswig-Holstein dagegen über 90 Prozent. Prozentual dürften nun die meisten Bundesländer noch schlechter abschneiden als 2013. Die geringe Zahl ist nicht zufällig. Besonders die im hiesigen Südwesten beliebten Lager dienen nicht der Aufnahme, sondern der Abschreckung und Kontrolle von Flüchtlingen.

„Die Buschtrommeln werden in Afrika signalisieren: kommt nicht nach Baden-Württemberg, dort müsst ihr ins Lager“, so begründete Lothar Späth Anfang der 1980er Jahre die Einführung von Sammellagern. Der hier zutage tretende Rassismus ist leider quer durch die Gesellschaft und die politischen Parteien wieder en vogue.

Wie bekämpft man den Rassismus?

Nicht indem man Flüchtlinge in Zelten und Containern unterbringt, ihnen die Möglichkeit nimmt, selber für sich zu kochen, einzukaufen etc. und indem man hohe Zäune um die Lager stellt und diese mit Securitys „beschützt“. So brandmarkt man Menschen als etwas, das nicht zur Gesellschaft dazu gehört und leistet dem Hass der Flüchtlingsfeinde Vorschub. Wollen wir den Rassismus bekämpfen und zeigen, dass wir bereit sind, Flüchtlinge wirklich willkommen

„RECHT-AUF-STADT“-NETZWERK-TREFFEN

Jeden 2. Freitag im Monat um 20.30 Uhr. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen! www.rechtaufstadt-freiburg.de

„RECHT-AUF-STADT“-NEWSLETTER

Mit unserem RaS-Newsletter informieren wir 2-3 mal im Monat über „Recht auf Stadt“ Themen. Wer Infos will, einfach Email an info@rechtaufstadt-freiburg.de

TERMINE

- 09.09. 20.30 Uhr | *Recht auf Stadt – Netzwerktreffen* | Mietshäuser-Syndikatsbüro, Adlerstr. 12

zu heißen, müssen wir Begegnungsräume schaffen und ihnen die Möglichkeit bieten, unter uns zu wohnen.

LEA gegen Flüchtlinge schließen!

Die inzwischen relativ niedrige Anzahl von Flüchtlingen, die derzeit in der Freiburger Erstaufnahme-einrichtung leben müssen, würde es einfach machen zu sagen: Wir schließen das Lager, wo Menschen keinen Platz zum Leben haben, sich nicht selbst versorgen können, wo der Datenschutz ein Fremdwort ist; wir schließen die Erstaufnahme-einrichtung in der Lörracher Straße, nehmen Abstand von den Plänen, die Polizeiakademie für eine LEA zu nutzen und geben dem vom Netzwerk „Recht auf Stadt“ in der Vergangenheit beworbenen Konzept eines sozialen, solidarischen Stadtteils von Unten eine Chance!

Solidarisches Stadtquartier statt Sammellager!

Dieses Stadtquartier Schildacker könnte mit dem Mietshäusersyndikatsmodell dauerhaft bezahlbaren Wohnraum schaffen. Es würde Menschen auf Freiburgs überfüllter Wohnungsnotliste, GeringverdienerInnen, Erwerbslosen, Flüchtlingen und auch Familien, die sich Freiburg nicht mehr leisten können und sonst gezwungen wären, ins Umland zu ziehen, eine Chance bieten.

In einem solchen Quartier könnten wir uns treffen, uns gegen aufgezwungene 1€-Jobs wehren, die Geflüchtete und Erwerbslose gleichermaßen betreffen, können gemeinsam generell für höhere Löhne kämpfen und so unseren Beitrag dazu leisten, dass Deutschland mit seinen niedrigen Lohnkosten nicht mehr fortgesetzt südeuropäische Wirtschaften kaputt konkurriert und neue Gründe für Auswanderung schafft. Wir könnten uns auch einfach nur kennenlernen, bereichern und feststellen: Das Problem ist nicht mein neuer Nachbar Mehdi, sondern unser gemeinsamer Chef Otto, der uns ausbeutet und wiederum vom Chef des Mutterkonzerns Heinrich unter Druck gesetzt wird. Kurzum: Im Stadtquartier Schildacker könnten wir ein sozialeres, solidarischeres Zusammenleben entwerfen!

[FR] UNTERSCHRIFTENKAMPAGNE FÜR EINE SOZIALE STADTBAU

Anlässlich des Jubiläums des verhinderten Stadtbauverkaufs hat sich in Freiburg ein Bündnis für bezahlbares Wohnen zusammengefunden. Dieses hat nun eine Unterschriftenkampagne für eine soziale Stadtbau gestartet. Die Forderungen an den Gemeinderat sind: - Mieterhöhungsstopp bei der Stadtbau und Verlängerung der Sozialbindungen - Erhalt von Wohnungen und Sanierung ohne Verdrängung von Mieter*innen - Keine RisikoBauträgerschäfte mit Luxusimmobilien - Keine Zwangsräumungen - Wohnen ist Menschenrecht! - Mehr Mietwohnungsbau durch die Stadtbau - Einrichtung eines stadtweiten Mieterbeirats. Die Unterschriftenaktion kann online auf www.wohnen-ist-menschenrecht.de unterstützt werden.

ERFOLGE DURCH HAUSBESETZUNGEN IN FRANKFURT UND KÖLN

In Frankfurt hat das Project Shelter nach mehreren geräumten Hausbesetzungen endlich einen kleinen Erfolg erreicht. Shelter, das sich insbesondere für Wohnraum für obdachlose ArbeitsmigrantInnen einsetzt, soll erst einmal zumindest das leerstehende Erdgeschoss des Privathauses als Treffpunkt nutzen dürfen. In Köln wurden im Dezember 2015 gleich zwei aneinandergrenzende Häuser in der Zulpicherstraße besetzt. Nun wird die Stadt die Gebäude anmieten. Ein Teil wird zu Wohnraum für Geflüchtete umgewandelt. Der andere Hausteil soll ein selbstverwaltetes, linkes Wohnprojekt mit eigenem Ladenlokal für unkommerzielle, nachbarschaftliche und politische Veranstaltungen werden, mit Mieten, die sich an den Hartz-IV-Obergrenzen orientieren.

[FR] „FINANZBÜRGERMEISTER BEDIENT AFD-RESSENTIMENTS“

Die Grüne Alternative Freiburg (GAF) kritisiert die Kommunikation des städtischen Haushaltslochs. Finanzbürgermeister Neideck hatte an erster Stelle die Unterbringung von Flüchtlingen als Grund für das plötzlich aufgetauchte Haushaltsloch von 60 Millionen Euro genannt. Der „Finanzbürgermeister bedient AfD-Ressentiments“ erklärt dazu Monika Stein von der GAF gegenüber Radio Dreyeckland. Die GAF bemängelt eine falsche Finanzpolitik in den letzten Jahren, insbesondere die Prestigeprojekte, wie das Neue Rathaus, die Umgestaltung des Platzes der Alten Synagoge, das SC-Stadion und auch die Vorfinanzierung des Stadttunnels, der laut GAF und anderen KritikerInnen nur noch mehr Verkehr anlocken würde. Für die Flüchtlingsunterbringung wird Freiburg

noch Geld von Land und Bund erhalten. Erstes Opfer des Haushaltslochs scheint die Jugend-, Kultur- und Bildungsinitiative Artik zu sein. Ein möglicher Zuschuss für Umbauarbeiten für das Artik im ehemaligen ADAC-Gebäude wurde von Oberbürgermeister Salomon von der Tagesordnung des Gemeinderates genommen.

[FR] 8 FREIBURGERINNEN ABGESCHOBEN

Von den den wiederholten nächtlichen Massenabschiebungen aus Baden-Württemberg waren zwischen dem 15. Juni und dem 15. Juli auch 8 Personen aus Freiburg betroffen. Insgesamt wurden allein mit Sammelabschiebungen in diesem Zeitraum 333 Personen vom Baden-Airpark gewaltsam in Richtung Balkan ausgeflogen. Unter den Abgeschobenen waren sehr viele Kinder. Viele der Abgeschobenen gehörten der diskriminierten Minderheit der Roma an. Albert Scherr, Professor von der Pädagogischen Hochschule, kritisierte bei einer Protestveranstaltung, dass trotz des vergangenen Gemeinderatsbeschlusses, der sich gegen die Abschiebung von Roma aus Freiburg ausgesprochen hatte, so wenig vonseiten der "Offiziellen" der Stadt gegen die Abschiebungen getan wird.

[EU] ARMUTSRISIKO STEIGT ÜBERALL

Das Armutsrisiko in der EU steigt laut Eurostat-Daten immer weiter an. Das Risiko, von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen zu sein, stieg laut den Zahlen EU-weit von 23,8 % im Jahr 2010 auf 24,4 % im Jahr 2014. Die Zahl der Armutgefährdeten stieg in Deutschland im selben Zeitraum um 500.000 Menschen.

GRIECHENLAND: SPARDIKTAT FÜHRT ZU AUSWANDERUNG

Aufgrund der Wirtschaftskrise und dem aufgezwungenen Spardiktat haben seit 2008 430.000 GriechInnen das Land verlassen. In erster Linie verlassen gut ausgebildete Menschen das Land. Hauptzielländer sind Deutschland, Großbritannien und die Vereinigten Arabischen Emirate. Deutschland, von dem das Spardiktat in erster Linie ausgeht, bedient sich also anschließend nicht nur an der griechischen Infrastruktur, wie etwa an Flughäfen, sondern auch noch an der auswandernden Arbeitskraft. Reparationen für die grausame Besatzung im 2. Weltkrieg, die auch wirtschaftlich fatale Folgen hatte, zahlte Deutschland nie.

KALIFORNIEN: 50.000 OBdachlose STUDIERENDE AN EINER UNI

An der California State University sind laut einer Studie, die die Uni selbst durchgeführt hat, fast 50.000 Studierende obdachlos. An der größten US-Universität

bekämen zudem zwischen 21 bis 24 Prozent der Studierenden regelmäßig nicht genug zu essen. Viele der obdachlosen Studierenden machen "Couch-Surfing" oder übernachten bei anderen KommilitonInnen auf dem Sofa oder auch in Autos und Zelten auf Parkplätzen oder Bahnhöfen.

[FR] KLAGE GEGEN CAMPO NOVO

Das private Studierendenwohnheim Campo Novo, bei dessen Errichtung polnische Bauarbeiter um den Lohn geprellt sind, muss sich nun mit einer Klage eines Studenten aus Stuttgart auseinandersetzen. Um das Bestellerprinzip zu umgehen, also das seit letztem Jahr geltende Prinzip, dass die Partei den Makler zahlt, die ihn bestellt hat, sollten NeumieterInnen eine Servicegebühr von sage und schreibe 470 Euro zahlen. Ein Student aus Stuttgart, der im Stuttgarter Ableger von Campo Novo wohnt, will nun sein Geld vom Betreiber, der Hildebrandt Immobilien GmbH, zurück und klagt mit Unterstützung des Stuttgarter Mietervereins. Die Leistungen im Servicevertrag, so sein Anwalt, seien größtenteils solche, die im Rahmen eines Mietverhältnisses ohnehin zu erbringen seien.

[FR] GEMEINSAMES WOHNEN IM BINZENGRÜN?

In der Initiative *Gemeinsames Wohnen* haben sich mittlerweile 30 Menschen zusammengetan, um gemeinsam alt zu werden, mit Menschen verschiedenen Alters, die füreinander da sind. Orientiert ist die Gruppe, die von 3 SeniorInnen gegründet wurde, an den Stockwerksgemeinschaften in der Bugginger Straße 2. Hier wohnen Studierende, Ältere, Familien und eine WG der Caritas mit Menschen mit Behinderung zusammen. Ziel von *Gemeinsames Wohnen* ist es, mithilfe des Miethäusersyndikats zwei Stockwerke mit bezahlbaren Wohnungen im umgewandelten Hochhaus Binzengrün 34 zu bewohnen.

UNBEZAHLBARE NEUBAUWOHNUNGEN

Der private Wohnungsmarkt schafft keinen bezahlbaren Wohnraum. Zu diesem, wenig erstaunlichen Ergebnis, kommt das ARD-Magazin Panorama nach einer einjährigen Auswertung von Daten des Forschungsinstituts *empirica*. 95,3 Prozent der privaten Neubau-Wohnungen in den 20 größten deutschen Städten sind demnach für die Mehrheit der MieterInnen nicht bezahlbar. Als bezahlbar sieht das Magazin Wohnungen an, wenn die Kaltmiete höchstens 30 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens entspricht. In Berlin sind nach diesen Maßstäben gerade einmal 2,46% der Neubauwohnungen bezahlbar.

Weiterführende Links zu den Meldungen findet ihr wie immer auf der Homepage